

Ressort: Politik

Nach Asyl-Kompromiss: Kommunen fordern mehr Geld vom Bund

Berlin, 03.07.2018, 08:21 Uhr

GDN - Nach dem Asyl-Kompromiss zwischen CDU und CSU hat der Städte- und Gemeindebund die Bundesregierung aufgefordert, sich verstärkt um die Integration von Flüchtlingen zu kümmern. "Zwar sind die Flüchtlingszahlen deutlich zurückgegangen, aber für die Kommunen bleibt die Integration der noch Deutschland gekommenen Personen eine Herkulesaufgabe", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

"Hier wünschen wir uns noch deutlich mehr Unterstützung: bessere, zielgerichtete Sprachkurse und zusätzliche Mittel für die Schaffung von notwendigen Kindergartenplätzen, Betreuung in der Schule und zusätzliche Wohnraum." Landsberg begrüßte, dass es zu einer Einigung zwischen CDU und CSU gekommen sei. Jetzt sei es wichtig, dass die Regierung "wieder zur eigentlichen Arbeit zurückkehrt".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-108433/nach-asyl-kompromiss-kommunen-fordern-mehr-geld-vom-bund.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com